

Hansjürgen Staudinger

Wissenschaftspolitik und Universität*

Ich bin fast sicher, daß der Titel die Erwartung erzeugt, daß ich die Gelegenheit benutzen werde, um, wie man so sagt, vom Leder zu ziehen. Ich sollte vielleicht auf die vielen Mißstände hinweisen, die heute die Forschung an der Universität hemmen. Es wäre in der Tat verlockend, das Thema so aufzufassen. Ich könnte auf die Fehler hinweisen, die seitens der Politik in ihrem Umgang mit dem empfindlichen Organismus Universität gemacht worden sind. Ich würde dann vor allem die immobile Personalstruktur, die Folge einer nicht zu Ende gedachten Bildungspolitik ist, kritisch untersuchen müssen. Auch die in allen Bundesländern ähnlichen Hochschulgesetze müßten erneut als wissenschaftsfeindlich gekennzeichnet werden. Ständische Gruppenvertreter entscheiden statt der allein kompetenten Fachvertreter in den Universitäten auch über Forschung und Lehre. Noch manches andere könnte zum Gegenstand der kritischen Untersuchung einer verfehlten Wissenschaftspolitik und ihrer Folgen für die Universitäten gemacht werden. Im Zusammenhang mit dem mir aufgegebenen Thema ist aber vor allem die finanzielle Misere, zusammen mit den anderen angedeuteten Mängeln bedrohlich für die Forschung an den Universitäten.

Aber ich will mir heute, anläßlich dieses Wiederbelebungsversuchs akademischer Feiern, mißlaunige Tiraden und Unmutsäußerungen versagen. Ich will mich lieber fragen, was trotz allem von einer umsichtigen Wissenschaftspolitik noch für die Zukunft der Forschung zu erwarten ist. Denn so total trostlos, wie man es bisweilen dargestellt bekommt, ist die Lage nun auch wieder nicht. Das beweist allein der Anlaß dieser Feierstunde, in der erfolgreiche wissenschaftliche Arbeit an Universitäten ausgezeichnet wird.

Was kann Wissenschaftspolitik unter den erschwerten Bedingungen für die Forschung an den Universitäten leisten? Die Universitätsforschung ist heute sehr stark abhängig von der Förderung durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG). Wie arbeitet die DFG mit den Universitäten

* Festvortrag vom 5. Dezember 1975 anläßlich der Verleihung des Wilhelm-Conrad-Röntgen-Preises 1975 an die Physiker Dr. Frans Saaris (Amsterdam), Dr. Bernd Müller (Frankfurt) und Dr. Paul Mokler (Darmstadt) und der Auszeichnung von 12 herausragenden Dissertationen der Justus Liebig-Universität.

und den an ihnen tätigen Forschern zusammen, damit so etwas wie Wissenschaftspolitik für die Universitäten fruchtbar wird?

Bevor ich zu dem eigentlichen Thema komme, muß ich, um Mißverständnisse über die Funktionen von Wissenschaftspolitik und Forschungsplanung zu vermeiden, noch einige Vorbemerkungen machen.

Voraussetzungen für Wissenschaftspolitik und Forschungsplanung

1. Wissenschaft kann definiert werden als das gesammelte und geordnete Wissen einer Zeit. Nicht nur das Auffinden neuer Einsichten in die Wirklichkeit, sondern auch die Ordnung des Wissens in Systemen und durch Theorienbildung und die Weitergabe dieses „Tresaurus scientiae“ durch die Lehre sind Teile der Wissenschaft.

Politik ist unter anderem und in unserem Zusammenhang das Durchsetzen von Ordnungsvorstellungen meist durch Hingabe oder Verweigern von Geld.

2. Die Erweiterung von Wissenschaft durch Forschung stellt einen Wert dar! Die Forschung ist auf der Suche nach einem Stück bislang verborgener Wahrheit. Ihre Ergebnisse sind Aussagen über die Wirklichkeit. Motive oder Antrieb für die Forschung sind — wenn es gut geht — Entdeckerfreude, Neugier, Spiel im besten Sinne des Wortes. Das neugierige Vordringen des menschlichen Verstandes in die Wirklichkeit der Welt und die sich daraus ergebende Gestaltung eben dieser Welt sind Teile der menschlichen Kultur.

3. Seit der Renaissance, also vereinfacht gesprochen seit Galilei, ist ein grundsätzlich neues Element in die Forschung gekommen. Zur Beantwortung von Fragen an die Natur wird das *geplante* Experiment eingesetzt. Die Ergebnisse werden „more geometrico“ in Systeme und Theorien umgesetzt. Die Auswirkungen dieser Art Wissenschaft zu treiben, stellt uns heute quantitativ und qualitativ vor neue Probleme, um deren Lösung vielfach gerungen wird. Die Lösungsversuche gehören zur Wissenschaftspolitik.

4. Das Neue ist unter anderem: „Die Forschung produziert sich selbst.“ Jede Antwort, die die Forschung auf eine gestellte Frage liefert, ruft zwei und mehr neue Fragen hervor. Eine Forschung, die auf jede neue Frage neue Antworten sucht, wird sich exponentiell entfalten. Tatsächlich kann man in den 200 vergangenen Jahren im Forschungsbetrieb eine exponentielle Entwicklung registrieren. Sowohl die Zahl der in der Forschung tätigen Personen und die Gesamtkosten, als auch der „Output“, etwa ge-

messen an der Zahl der Publikationen, haben sich exponentiell vermehrt. Ein exponentielles Wachstum ist nur eine kurze Zeit möglich. Wissenschaftspolitik muß das Wachstum einfangen. Die Forschung produziert nicht nur immer neue Fragen auf gegebene Antworten, sondern sie produziert auch die „Maschinerie“ zum schnelleren Lösen der Fragen. Die vielen unentbehrlichen Apparate und Automaten machen Experimente, die die gestellten Fragen beantworten sollen, schneller und auch immer müheloser.

5. Die sich durch die Forschung schneller entwickelnde Wissenschaft gibt dem Techniker zunehmend mehr Möglichkeiten, das Wissen anzuwenden. Immer mehr wird machbar (z. B. Krebstherapie, Organtransplantation, „genetic engineering“ usw.). Das führt zur Frage: Darf man alles „machen“, was man machen kann? Diese Frage wird heute in wachsendem Maß und kritisch in der Öffentlichkeit diskutiert, nicht nur wegen der jedermann sichtbaren Folgen der durch Wissenschaft möglichen Technik. Die Frage nach dem Sinn und dem Ort der Forschung ist auch deshalb verständlich, weil Wissenschaft immer mehr Geld kostet. Das Budget des Steuerzahlers wird damit zunehmend belastet.

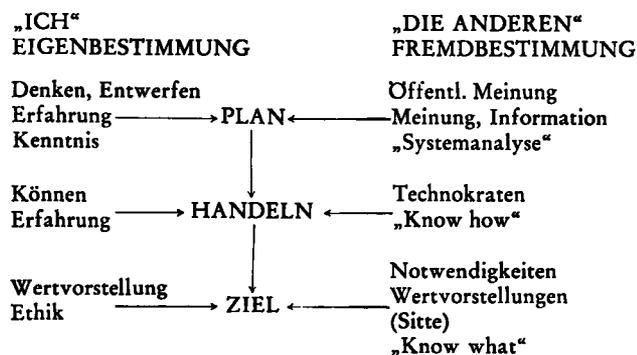
6. Die Unsicherheit über Sinn und Ziel der Forschung einerseits, die Einsicht in die Notwendigkeit der Forschung für die Entwicklung von Wirtschaft und gesellschaftlichem Wohlstand andererseits sind Elemente der heutigen Wissenschaftspolitik. Dazu kommt als limitierende Größe die verzweifelte Geldknappheit in allen öffentlichen Kassen. Diese Lage zwingt mehr denn je dazu, sich Gedanken über gute Wissenschaftspolitik zu machen.

7. Wissenschaftspolitik heißt aber nach der eben gegebenen Definition, Ordnungsvorstellungen mit Machtmitteln durchsetzen. Damit muß zwangsläufig in den Freiheitsraum des einzelnen Forschers eingegriffen werden.

Man sagt seitens der Forscher nicht zu Unrecht, daß die Freiheit der Forschung eine unabdingbare Voraussetzung für ihr Gedeihen sei. Forschung sei auf Neues aus, also könne keine Planung und somit auch kein politischer Wille im vorhinein bestimmen, was erforscht und was gefunden werden müsse. Das ist richtig! Freiheit der Forschung meint aber in erster Linie auch Freiheit von irgendwelchen weltanschaulichen Zwängen. Dieser Forderung nach der Freiheit der Forschung und der Wissenschaft ist uneingeschränkt zuzustimmen. Wissenschaftspolitik und Forschungsplanung auf der einen Seite, berechtigter und notwendiger Anspruch auf völlige Freiheit der Forschung auf der anderen Seite ergeben die permanente und notwendige Spannung zwischen Politikern und Forschern. Dies Spannungsverhältnis soll an der Abbildung 1 verdeutlicht werden.

8. Dort ist angedeutet, daß die Erfahrung von Freiheit immer dann gegeben ist, wenn der Einzelne seine Ziele verfolgen kann. Wir machen uns Pläne, die zum Handeln und zum Erreichen dieser Ziele notwendig sind. Unsere Zielvorstellungen sind selbst abhängig von unseren eigenen Wertvorstellungen.

Tab. 1: Eigenbestimmung und Fremdbestimmung, Freiheit und Zwang



Das Gefühl von Unfreiheit empfinden wir dann, wenn wir unsere eigenen Pläne, unsere eigenen Ziele nicht durchsetzen können, weil uns „Anderer“ daran hindern. Die „Anderen“ können einzelne Menschen, z. B. Vorgesetzte oder Instanzen des Staates sein. Auch dies ist aus Abbildung 1 ersichtlich. Die Gesellschaft hat ihre Zielvorstellungen, die aus einem gesellschaftlichen Konsens stammen. Sie sollen durch das Handeln des Staates durchgesetzt werden. Um solche Handlungen zu ermöglichen, müssen Pläne gemacht werden. Bezogen auf unser Thema heißt das folglich, daß Wissenschaftsplanung notwendig ist, um wünschenswerte Ziele durchzusetzen. Je verschiedener nun die Pläne der einzelnen Forscher von den Plänen und Zielen der „Anderen“ sind, je mehr also die Forscher durch Fremdeinflüsse gezwungen werden, ihre eigenen Ziele den Zielen der „Anderen“ unterzuordnen, um so mehr entsteht das Gefühl der Unfreiheit (wie unter einem schlechten Chef). Je besser es aber den „Anderen“, also denen, die die Pläne machen, gelingt, den Einzelnen davon zu überzeugen, daß die Zielvorstellungen beider Seiten sich nicht widersprechen, um so mehr wird der Einzelne sich den Plänen der anderen freiwillig einordnen. Er hat dann wieder das Gefühl von Freiheit (wie unter einem guten Chef). „Überzeugen, nicht zwingen!“ — dies einfache Schema sollte eigentlich die Grundlage jeder Politik, sicher aber die Grundlage jeder Wissenschaftspolitik sein.

9. Zur Freiheit gehört auch die Verantwortung. Freiheit ohne Verantwortung ist Willkür. Verantwortung ohne Freiheit gibt es nicht. Gemeinhin ist heute, wenn von Verantwortung die Rede ist, die Verantwortung vor der

Gesellschaft und ihrer Zukunft gemeint. Ich meine aber, daß wir Wissenschaftler uns in erster Linie gegenüber der Wissenschaft selbst und der sie tragenden Institution, also gegenüber der Universität, verantworten müssen. Das erste und oberste Gebot für den Wissenschaftler besteht darin, „die Wahrheit“ zu sagen. Befunde müssen richtig interpretiert und vollständig mitgeteilt werden. Andere wichtige und selbstverständliche Forderungen im Zusammenhang mit dem Appell an die Verantwortlichkeit des Forschers werden häufig fast vergessen. Dazu gehören sorgfältig geplante Experimente, Wahl der adäquaten Methoden, angemessener Mittelaufwand, genaue Auswertung der Versuche, logische Interpretation, überlegte Theoriebildung, Weitergabe des neu erkannten Wissens durch Publikation, aber gleichzeitig Zurückhaltung im Hinblick auf die ungezählten völlig überflüssigen Publikationen.

10. Das Motiv für wissenschaftliches Forschen ist freilich nicht immer und nicht in erster Linie das Suchen nach Wahrheit oder das edle Bemühen um Verbesserungen zum Wohl der Gesellschaft. Ein Forscher ist ein Mensch, der in der Gruppe von Spezialisten, der er angehört, einen möglichst hohen Rang einnehmen möchte. Sein Prestige hängt vom wissenschaftlichen Erfolg ab. Dies zu wissen und auch auszusprechen, ist nicht beschämend, es ist redlich. Das war immer so und gehört zum menschlichen Erfolgsstreben.

11. In früheren Jahrzehnten gab es vergleichsweise wenige Forscher. Sie forderten deshalb auch nicht so viel Geld vom Staat. Der Freiheitsraum der Forschung konnte weitgehend unbeobachtet bleiben. Die Forscher selbst kontrollierten sich und legten das Maß für Qualität der Forschung durch ungeschriebene Gesetze fest. Heutzutage arbeiten aber mehr Forscher als je zuvor. Daß nicht alle erstklassig sein können, versteht sich. Die Vielzahl der Forscher verschlingt eine große Menge Geld. Sie produzieren eine unübersehbare Fülle von Ergebnissen, die größtenteils wertlos in irgendwelchen Archiven schlummern — ein Datenfriedhof! Was aber unnötige Forschung im Einzelfall ist, läßt sich häufig gar nicht so leicht feststellen. Gerade dieses Dilemma scheint mir eine wichtige Herausforderung an die Wissenschaftspolitik zu sein.

12. An dieser Stelle muß auch gefragt werden, ob die vielen Hochschullehrer, die heute gebraucht werden, um dem erhöhten Bedarf an Hochschulausbildung gerecht zu werden, alle auch „Forscher“ sein müssen. Ich weiß, daß diese Frage fast ketzerisch klingt, gehört doch die Forderung nach der Einheit von Forschung und Lehre zu den festen Dogmen unserer Universitätspolitik. Ist dieses Dogma aber noch richtig? Gerade die vielen Hochschullehrer, die aus Prestigebedürfnis nach Forschungsmitteln rufen,

um ihre eigenbrötlerische Kleingärtnerforschung zu betreiben und dabei besonders laut von der Freiheit der Forschung reden, bedrohen die Freiheit der Forschung, da die viele mittelmäßige Forschung gar nicht mehr bezahlt werden kann.

Möglichkeiten und Grenzen der Wissenschaftspolitik

Im Folgenden wird nun von der Wissenschaftspolitik selbst die Rede sein. Was kann Wissenschaftspolitik und was kann sie nicht? Sie kann sicherlich *nicht* dem einzelnen Forscher vorschreiben, was er zu erforschen habe. Sie kann aber durch gezielte Vergabe von Mitteln Forschungsinhalte und Forschungsstrukturen fördern, indem sie überredend und überzeugend, mit Geldmitteln lockend, den Forscher motiviert. Wie kann diese Aufgabe vernünftig gelöst werden? Das Wichtigste scheint mir zu sein, daß Forschungspolitik *nicht* von einer zentralen Instanz betrieben wird. In Abbildung 2 versuche ich in einer Übersicht deutlich zu machen, wie ich mir Planung und damit Forschungspolitik vorstelle. Dort ist ein mehrstufiges hierarchisches System von Entscheidungsebenen dargestellt. Jede Entscheidungsebene hat ihre spezifische Aufgabe und ihre spezifische Kompetenz. Aufgaben und Kompetenzen der Ebenen dürfen nicht vermengt werden. Prioritäten werden auf allen Ebenen der Zielfindung gesetzt. Jeder Ebene der Zielfindung entspricht eine Entscheidungsinstanz.

Wenden wir uns nun kurz den Funktionen und Kompetenzen der einzelnen Entscheidungsebenen zu. Wir alle haben bewußt oder unbewußt einen Standort in einem Wertsystem, welches einerseits das Verhalten der Gesellschaft bestimmt, welches andererseits von der Gesellschaft geprägt wird. Zum Durchsetzen von Zielen, die diesen Wertvorstellungen entspringen, schafft sich die Gesellschaft in der Demokratie als Entscheidungsebene ein Parlament. Es entscheidet über die globalen Ziele seiner Politik, beispielsweise wieviel Geld es für Verteidigung, für Verkehr usw. ausgeben kann und will. Im Rahmen solcher Global-Entscheidungen hat es auch darüber zu befinden, ob eine Wertvorstellung „Vermehrung des Wissens durch Forschung“ durch Geldhingabe verwirklicht werden soll, ob also im Haushalt ein Posten „Forschungsförderung“ erscheint. Hier ist die Forschung als solche und ohne inhaltliche Ausfüllung gemeint. Da andere Werte wie z. B. „Förderung der Gesundheit“ ergänzend genannt werden, ergibt sich eine Zielvorstellung, die Forschung auf dem Gebiet der Gesundheitsfürsorge sei besonders zu fördern. Dieses Globalziel „Förderung der Gesundheit durch Forschung“ kann aber nicht weiter vom Parlament spezifiziert werden. Ich halte es für falsch, wenn eine Regierung, sei es die

Legislative, sei es die Exekutive, den Rahmen der ihr zukommenden Prioritätssetzung verläßt und glaubt, detailliertere Ziele wie z. B. Krebs- oder Altersforschung nennen zu können.

Die Empfehlung der Geldgeber, in unserem Beispiel die Empfehlung, die allgemeine Gesundheit durch Forschung zu fördern, ergeht an die Organe, die mit der Forschungsförderung betraut und dafür ausgestattet worden sind, z. B. an die DFG. Diese soll die Anregung aufnehmen und in wissenschaftliche Ziele umsetzen. Nur durch ein Gremium von Wissenschaftlern, die auf dieser Stufe noch nicht Spezialisten, sondern „Generalisten“ sein sollten, kann der politische Wille in wissenschaftliche Programme umgesetzt werden. Auf dieser Stufe der Kompetenz kann z. B. entschieden werden, daß im Rahmen der Forschung für die Gesundheit Krebsforschung mit höherer Priorität als Forschungen über Organtransplantation zu fördern sei. Hier kann, um ein anderes Beispiel zu wählen, entschieden werden, was von einem vom Staat angeregten Programm zur Energie-sicherung im einzelnen erforscht werden soll, ob beispielsweise die Forschung an der Kernfusion oder die Forschung über Kohlevergasung Vorrang haben soll. Weitere Beispiele für das Gemeinte sind aus Abb. 2 zu ersehen.

Auf der Ebene des Senates werden die wissenschaftlichen Ziele ausgewählt und gewichtet. Zum Erreichen dieser Ziele müssen Projekte formuliert werden. Das muß auf einer anderen, darunter liegenden Ebene durch bereits höher spezialisierte Wissenschaftler verschiedener, dem wissenschaftlichen Ziel zugeordneten, Disziplinen geschehen. Dort wird beraten, was etwa in einem vom Senat beschlossenen Krebsforschungsprogramm an einzelnen Projekten vorrangig ist. Dort kann entschieden werden, ob es für den Fortschritt in der Krebsforschung wichtiger oder gleichwichtig ist, die Tumor-Virusforschung oder die Tumor-Immunologie zu fördern. Wird ein Projekt zur Förderung empfohlen, so muß es durch einzelne Forschungsvorhaben ausgefüllt werden. Folglich müssen Forscher ermuntert werden, an solchen Projekten mitzuwirken. Dafür erhalten sie Forschungsmittel. Hier geschieht, was ich eingangs sagte: Der Forscher wird überzeugt, daß seine eigenen Interessen durchaus mit den Plänen übergeordneter Stellen in Einklang zu bringen sind. Die einzelnen Forscher entwerfen und formulieren ihre wissenschaftlichen Vorhaben. Die eingereichten Anträge werden von kompetenten Fachgutachtern auf ihren wissenschaftlichen Wert und auf ihre Bedeutung für das in Frage stehende Projekt geprüft. In unserem hierarchischen System fällt die Entscheidung über Förderung also auf der Ebene der Spezialisten. Die Durchführung der Forschungsvorhaben selbst erfordert nun das allerhöchste Maß spezieller Fachkenntnis. Der Forscher selbst muß den Einfall haben, er wählt die adäquaten Methoden aus. Er

Tab. 2: Hierarchie der Planung und Entscheidungen in der Wissenschaft

Ziele („Prioritäten“)	Planungs- und Entscheidungsebene
<i>Werte</i> z. B. religiöse Bindungen, Gerechtigkeit, Freiheit, Fortschritt der Welterfahrung, Humanität u. v. a. m.	gesellschaftlicher Konsens (veränderlich im Laufe der Geschichte, „Evolution“ von Wertsystemen)
<i>Globale Ziele</i> z. B. Volksgesundheit, Geburtenkontrolle, Energieversorgung, Pflege von Kunst und Wissenschaft, Erziehung	politische Willensbildung, Parlamente, Ausschüsse der Parlamente
<i>Wissenschaftliche Ziele</i> z. B. Krebsproblem, Immunologie, Neuroscience, Kernfusion, „freie Grundlagenforschung“	Wissensplanung, „Generalisten“* aller Fachrichtungen, z. B. Senat der DFG
<i>Projekte</i> z. B. Krebsvirus, Immunglobuline, molekulare Mechanismen der Erregungsübertragung, Lasertechnik für Kernfusion, Grundlagenforschung	Projektplanung, Beratungsgremien, Planungsgruppen, Senatsausschüsse aus Wissenschaftlern benachbarter Disziplinen
<i>Instrumente</i> z. B. „Finanzierung“ SFB, Schwerpunkte, Forschergruppen, Großgeräte, Nachwuchsförderung, Einzelantrag im Normalverfahren	Operationale „Planung“, Beurteilung von Qualität und Aufwand, Gutachten, Sachverständige, Spezialisten
<i>Die wissenschaftliche Idee, das Experiment, die Beobachtung, Theorienbildung</i> z. B. Isolierung eines Virus, Struktur- aufklärung eines γ -Globulins, Isolierung erregbarer Membranen, etc. etc. etc.: Unvorhersehbares „Neuland“ (aber auch: Ordnung und Tradierung des Wissens)	<i>Der Forscher</i> Kreativität „Der Einfall“, Methodenwahl „Know how“, Planung der Versuche, Formulierung der Anträge, Publizierung der Ergebnisse, der „einzelne“ Forscher oder die Forschergruppe

* Das Wort „Generalisten“ hat sich eingebürgert. Damit sind Wissenschaftler hohen Ranges gemeint, die nach einem längeren Forscherleben sich eine breitere Kenntnis und Sicht wissenschaftlicher Zusammenhänge erworben haben. Dieser Personenkreis sollte also aus älteren erfahrenen Wissenschaftlern gewählt werden. Er bildet z. B. den Senat der Deutschen Forschungsgemeinschaft. Dabei kann bei dem ständigen Ruf nach Verjüngung der Gremien ruhig einmal daran erinnert werden, daß das Wort Senat von Senex — der Greis — stammt.

setzt für sich selbst die Priorität im Hinblick auf die möglichen und erforderlichen Experimente.

In Tabelle 2 ist also von oben nach unten eine zunehmende Spezialisierung zu erkennen.

Dem eben skizzierten Vorgehen, wie man von einem Globalziel über zunehmend differenzierte Entscheidungsebenen bis zu einzelnen Forschungsvorhaben mit Beteiligung jeder Ebene der Entscheidungshierarchie, ein-

schließlich der Wissenschaftler und Forscher, gelangen kann, entspricht in der Praxis etwa dem Vorgehen bei der Einrichtung eines Schwerpunktprogrammes der DFG. Man muß aber wissen, daß für das klassische Normalverfahren ein bedeutend größeres Geldvolumen zur Verfügung steht. Im Rahmen dieses Verfahrens kann jeder Forscher einen Antrag für jedes Forschungsvorhaben stellen; die Bewilligung hängt allein von der wissenschaftlichen Güte des Antrages ab. Das Normalverfahren, das scheinbar gegen den Strich des geschilderten Entscheidungsverfahrens läuft, fällt doch nicht aus dem Schema heraus. „Globalziel“ und „wissenschaftliche Ziele“ sind und müssen immer verbunden bleiben mit der Einsicht in die Bedeutung und dem Willen zur Förderung freier Grundlagenforschung auf *allen* Gebieten der Wissenschaft.

Aus der Abbildung ist auch ersichtlich, daß zwischen den Entscheidungsebenen Interdependenzen bestehen, die besonders gepflegt werden sollten. Dem geschilderten Gefälle von allgemeinen Zielen zu speziellen Forschungsvorhaben muß von unten nach oben Information und Anregung entgegen fließen. Die Notwendigkeit läßt sich an den Wechselbeziehungen auf verschiedenen Höhen des hierarchischen Systems nachweisen. Man denke nur, welchen Vorteil das Parlament oder die Regierung haben könnte, würden sie den Rat der nächst unteren Ebene, den Rat der „Generalisten“, der Senatoren aufmerksam hören.

Ebenso wichtig ist für das Funktionieren des Systems die vertrauensvolle Interaktion zwischen den einzelnen Forschern und den Fachgutachtern. Die damit verbundene Problematik kann hier nicht im einzelnen ausgebreitet werden. Die Fachgutachter müssen das Vertrauen der einzelnen Forscher haben. Sie werden deshalb aus den Reihen der Kollegen von der Gesamtheit der Forscher gewählt. Ihre Entscheidungen werden in aller Regel anerkannt.

Der Hauptausschuß der DFG wacht über die Objektivität der Urteile der Fachgutachter. Natürlich kommt es immer auch einmal zu Fehlentscheidungen. Das wird sich nicht ganz vermeiden lassen. Ich möchte aber davor warnen, ein sehr bewährtes System als solches in Frage zu stellen, nur weil gelegentliche Fehler ärgerlich sind.

Wissenschaftspolitik hat nicht nur oder nicht einmal in erster Linie die Aufgabe, Forschungsprojekte zu planen. Sie hat vielmehr die Aufgabe, die Bedingungen der Forschung, die Art und Größe von Zusammenschlüssen von Forschern zu Teams zu untersuchen und zu planen. Sie hat die Förderung des Nachwuchses zu bedenken und zu betreiben; ich erinnere an Auslandsstipendien, Förderung von Postgraduierten, Habilitationsstipendien und anderes mehr.

Schwerpunktprogramme und Normalverfahren sind die bewährten klassischen Instrumente der Forschungsförderung der DFG.

Die Universitäten selbst können sich eine Forschungsplanung, wie sie im Vorhergegangenen geschildert worden ist, eigentlich gar nicht leisten. Da die Mittel für Forschung an der Universität im Allgemeinen immer zu knapp sind, wären die Mittel für eine schwerpunktartige Förderung von bestimmten Projekten nur zu erhalten, indem den Instituten die ohnedies zu knappen Mittel noch gekürzt würden. Diese Mittel dienen aber den allgemeinen Grundbedürfnissen der Institute und Laboratorien. Ohne die Sicherung der Grundausrüstung dieser Institute ist eine Zusatzfinanzierung durch die Forschungsgemeinschaft sinnlos und unmöglich.

Die Universitäten haben also, da sie nicht über ausreichende Mittel verfügen, keine Möglichkeit, durch Spitzenfinanzierung bestimmte Forschungsprojekte schwerpunktmäßig zu fördern. Selbst wenn man das auf Kosten der Grundfinanzierung der Institute anstreben wollte, fehlt innerhalb der Universität die ganze hier geschilderte vielschichtige Hierarchie der *unabhängigen* Planungs- und Entscheidungsinstanzen, die personell getrennt und an der Geldverteilung nicht interessiert sein dürfen. Vor allem aber fehlen die unabhängigen und sachverständigen Gutachter. Kollegiale Rücksichtnahme oder kollegialer Neid verhinderten eine distanzierte Sachentscheidung.

Es ist aber wünschenswert, auch in den Universitäten bestimmte Forschungsschwerpunkte anzusiedeln. Zur Verwirklichung dieses Ziels sind die sogenannten Sonderforschungsbereiche entwickelt worden. Ist ein Sonderforschungsbereich von der DFG zur Förderung empfohlen und die Finanzierung vom Wissenschaftsrat anerkannt worden, dann erhält er in der Regel umfangreiche Mittel. Eine langfristige Förderung ist vorgesehen. Die Universitäten verpflichten sich ihrerseits z. B. bei Berufungen und bei Investitionen die langfristigen Interessen des Sonderforschungsbereiches zu berücksichtigen. So ist eine gezielte Forschung an den Universitäten möglich geworden. Da verschiedene Universitäten verschiedene Sonderforschungsbereiche auf verschiedenen Gebieten haben, kommt ein buntes Bild von Wissenschaftsschwerpunkten in Deutschland zustande. Der wesentliche Vorteil der Sonderforschungsbereiche ist wohl darin zu sehen, daß ganz verschiedene Disziplinen einer Universität zur Zusammenarbeit ermuntert werden. Die Sonderforschungsbereiche sorgen für Koordinierung und für die notwendige interdisziplinäre Kommunikation. Sie haben teilweise auch in ihren eigenen Reihen Mechanismen für eine strenge Qualitätskontrolle entwickelt.

Neulich stand in der FAZ von R. Flöhl im Zusammenhang einer Abhandlung über die Sonderforschungsbereiche der bemerkenswerte Satz: „Die Sonderforschungsbereiche sind nicht nur Zweckverbände zur zusätzlichen Finanzierung mehr oder minder wichtiger Forschungen. Sie sind vielmehr das wesentliche Element zur Förderung von Spitzenleistungen an den Hochschulen.“ Wenn man diese Aussage ernst nimmt, so stimmt der Streit, der neuerdings zwischen Bund und Ländern über die weitere Finanzierung entbrannt ist, sehr bedenklich. Die drastischen Kürzungen wirken sich gerade auf dieses langfristig angelegte Programm verheerend aus. Kompetente Gutachter hielten für das Jahr 1975 zur Finanzierung der Sonderforschungsbereiche 260 Mio. DM für erforderlich. 189 Mio. wurden schließlich bewilligt. Diese ungeprüfte, allein von der Geldknappheit diktierte Kürzung wurde im ersten Vierteljahr 1975, also viel zu spät bekannt. Eine Prüfung nach den Bedürfnissen und nach der Qualität der Sonderforschungsbereiche durch die DFG war nicht mehr möglich; die Kürzung mußte global abgewälzt werden. Dieses Verfahren ist nun wahrhaftig ein Beispiel dafür, wie Wissenschaftspolitik *nicht* gemacht werden sollte.

Wissenschaftspolitik schränkt nicht notwendigerweise die Freiheit der Forschung ein. Die Forscher ihrerseits haben Verpflichtungen für die Wissenschaftspolitik. Sie tragen Verantwortung dafür, daß im Bewußtsein der Gesellschaft die Forschung als Mittel der „Welterfahrung“ ihren Wert behält. Dies ist nur möglich durch verantwortungsvollen Umgang mit den Forschungsmitteln, durch verantwortete Empfehlungen über Anwendung von Forschungsergebnissen, und schließlich durch eine, auch der breiten Öffentlichkeit verständliche Darstellung dessen, was sie tun. Freiheit und Verantwortung ist ein Spannungsfeld, das die Praxis der Wissenschaftsförderung bestimmen muß. Die möglichen Lösungen sind immer Optimierungen zwischen den sich aus beiden Polen ergebenden Forderungen. Es können also nur Kompromisse gefunden werden. Wissenschaftspolitik heißt somit Bereitschaft zum Kompromiß. Wissenschaftspolitik heißt pragmatisch denken und handeln.

Wissenschaftspolitik heißt mit Liebe zur Forschung die Forschung pflegen!

Literatur

Hj. Staudinger:

Freiheit der Forschung — Notwendigkeit der Gesellschaft, in: Deutsche Universitäts-Zeitung, H. 24, 1972, S. 976. — Planung und Freiheit der wissenschaftlichen Forschung, in: Grenzfragen, Bd. 2: Krise im heutigen Denken, Alber Verlag, Freiburg, München 1972. — Wissenschaft — ein Spiel?, Vortrag vor dem Institut der Görres-Gesellschaft für interdisziplinäre Forschung, 1974 (im Druck beim Alber Verlag). — Wissenschaftspolitik im

Spannungsfeld von Freiheit und Verantwortung, in: Die medizinische Welt, H. 26, 1975 S. 689. — Freiheit und Verantwortung in der Wissenschaft, Steiner Verlag, Wiesbaden 1974.

R. Flöhl:

Gefährdete Grundlagenforschung, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 20. 11. 1975, S. 1.

H. Maier-Leibnitz:

Zukunftssicherung und Pleitestimmung, in: Rheinischer Merkur vom 28. 11. 1975, S. 15.

R. Möller:

Ist die Gemeinschaftsaufgabe „Forschungsförderung“ fehlgeschlagen? — Bemerkungen zum Dilemma der Hochschulforschung, Vortrag in der Hermann-Ehlers-Akademie in Kiel am 13. 11. 1975.